

## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 70. Ratssitzung vom 30. Oktober 2019

1831. 2018/427

### **Postulat von Vera Ziswiler (SP) und Michael Kraft (SP) vom 07.11.2018: Geeignete Würdigung des Landesstreik-Jubiläums**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Michael Kraft (SP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 537/2018): Der Vorstoss ist zwar nicht ganz neu, hat aber, selbst wenn das Jubiläumsjahr vorbei ist, nicht an Aktualität verloren. Ein Jubiläum kann Anlass zur Erinnerung bieten, sollte sich aber nie nur darauf beschränken. Dafür wäre auch gerade in diesem Fall das Ereignis viel zu bedeutend. Der Landesstreik 1918 war für die Entwicklung der modernen Schweiz eines der wichtigsten Ereignisse. Er war eine der ganz grossen sozialpolitischen Auseinandersetzungen des 20. Jahrhunderts und veränderte unser Land nachhaltig. Einige der damaligen Forderungen, wie die Beschränkung der Wochenarbeitszeit, wie das Proporzwahlrecht, das Frauenstimmrecht oder die AHV sind für uns heute selbstverständlich. Der Landesstreik gilt auch als wichtiger Impuls für die Sozialpartnerschaft. Um die Schweiz verstehen zu können, muss man die Ereignisse um den Landesstreik kennen. Die Bedeutung des Landesstreiks für die jüngere Schweizer Geschichte und ihre Gegenwart ist aber auch so gross, weil man ohne zu übertreiben behaupten kann, dass die Schweiz damals am Rande eines Bürgerkriegs stand. Die Schweizer Armee wurde gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt und es kam zu Todesopfern auf beiden Seiten. Der Landesstreik gehört mit all seinen Facetten zur Identität der Schweiz – gerade auch mit seinen dunklen Seiten. Zürich spielt als ein wichtiger historischer Ort des Landesstreiks eine besondere Rolle. Es kam in Zürich zu Protesten, Hungermärschen aufgrund fehlender Nahrungsmittel, Kundgebungen, Streiks und auch zu einem Armeeeinsatz. Ein Soldat starb dabei und mehrere Demonstranten wurden verletzt. Trotz der doppelten historischen Bedeutung muss man feststellen, dass das Wissen über diese Ereignisse in der breiten Bevölkerung sehr bescheiden ist. Der Landesstreik spielt im kollektiven Gedächtnis eine kleine Rolle. Es scheint uns aber zentral, dass die wichtigen Ereignisse ihren Platz in der Erinnerungskultur in dieser Stadt erhalten. Das kann wie in Olten oder Grenchen durch ein Denkmal geschehen, durch die Benennung einer Strasse oder eines Platzes, durch Informationsangebote an historischen Orten oder durch anderweitige Würdigungen. Die Grundlagen dafür sind vorhanden. Gerade auch das Jubiläumsjahr ermöglichte es, dass die Forschung breiter wurde. Nicht nur sozial- und wirtschaftspolitische Aspekte sind mittlerweile untersucht, auch transnationale oder geschlechterspezifische Perspektiven kamen dazu. Es würde Zürich gut tun, den Ereignissen in ihrer Vielschichtigkeit und ihrer lokalen Bedeutung den nötigen Platz im öffentlichen Raum und in der öffentlichen Wahrnehmung einzuräumen.*

**Roger Bartholdi (SVP)** begründet den von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion am 21. November 2018 gestellten Ablehnungsantrag: Ich persönlich sympathisiere mit der Idee einer Würdigung des Landesstreiks. Es gab viele Veranstaltungen und im Theater in Olten konnte man sehr eindrücklich sehen, wie der Streik wahrscheinlich stattfand. Der Streik ist aber nicht primär ein Zürcher Ereignis, sondern ein nationales. Die Postulanten wiesen zu Recht auf den Bundesrat hin, der keine besonderen Massnahmen – zumindest in Form von Informationen – plant. Es wäre richtig, das Anliegen auf Bundesebene oder an zentralen Orten wie in Olten oder in Anbetracht der drei Todesfälle in Grenchen anzugehen. Aus heutiger Sicht können wir sehr froh sein, dass damals nicht noch mehr geschah. Die damalige Zeit nach dem ersten Weltkrieg war mit der Hungersnot und der Preissteigerung bei der Milch eine harte Zeit und die Spannungen zwischen Soldaten und Demonstrierenden waren gross. Man kann davon ausgehen, dass mit Besonnenheit beider Seiten deeskalierende Entscheide gefällt wurden und der Streik abgebrochen wurde, auch wenn es bedauerlicherweise zu den vier Todesfällen kam. Auch wenn man ohne Jubiläum ein Denkmal setzen kann, ist Zürich aus meiner Sicht der falsche Ort. Man könnte mit einer Resolution den Bund beauftragen, ein Denkmal zu erstellen, aber in der Stadt Zürich alleine macht das wenig Sinn. Deshalb ist die Forderung aus meiner Sicht in der falschen Form, auch wenn das Anliegen sicher seine Berechtigung hat. Eine Würdigung in Form einer Ausstellung im Landesmuseum – wie es das auch schon gab – wäre viel eindrucksvoller als ein Denkmal. Auch das Zürcher Bankpersonal streikte damals und 700 Bankangestellte trafen sich im Kaufleuten. Dieses Ereignis hat einen stärkeren Bezug zu Zürich. Zürich war aber kein Schwerpunkt im Landesstreik und deshalb finden wir eine andere Lösung besser und lehnen das Postulat ab.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

**STP Corine Mauch:** Anlass für diesen Vorstoss war der hundertste Jahrestag des Landesstreiks im November 1918. Wenn wir heute im Oktober 2019 über Postulat diskutieren, kann nicht mehr das Jubiläum Anlass für die Diskussion sein. Es wurde ein aufwändiger Spielfilm über den Landesstreik produziert und das Landesmuseum machte eine eigene Ausstellung über den Streik. Die Geschichtswissenschaft hat den Landesstreik umfassender analysiert und überprüfte die Ergebnisse der bereits vorhandenen Forschung. Die Schweiz setzte sich also ernsthaft mit dem Landesstreik auseinander und das ist auch gut so. Der Stadtrat ist bereit, das Postulat im Nachhinein entgegen zu nehmen. Der Landesstreik ist und bleibt ein Schlüsselereignis der modernen demokratischen Schweiz und auch Zürich war ein wichtiger Schauplatz des Landesstreiks. Die meisten Forderungen der Demonstranten waren in hohem Mass gerechtfertigt, wie die bereits erwähnte Beschränkung der Wochenarbeitszeit, das Proporzwahlrecht, das Frauenstimmrecht oder sichere Lebensmittelversorgung und die Alters- und Invalidenversicherung. Dass die Armee gegen Arbeiterinnen und Bankangestellte und Eisenbahnler aufgeboten wurde, die für heute völlig unbestrittene demokratische Errungenschaften einstanden, ist nur vor dem Hintergrund einer tief gespaltenen Gesellschaft erklärbar. Das etablierte Bürgertum und die aufstrebende Arbeiterschaft standen sich unversöhnlich gegenüber. Die Forderungen waren legitim und die Streikführung des sogenannten Oltener Aktionskomitees agierte besonnen. Das Komitee befürchtete, dass eine

*blutige Niederschlagung des Streiks durch die Armee geschehen könnte und brach angesichts dieser Bedrohung den Streik ab. Trotz dieses besonnenen Handelns wurden die Mitglieder des Komitees zu Gefängnisstrafen verurteilt, darunter auch Ernst Nobs, einer meiner Vorgänger. Es ist richtig, dieses für die Prägung der Schweizer Politik wichtige Ereignis im kollektiven Gedächtnis unserer Gesellschaft wach zu halten. Genau das fordert das Postulat und der Stadtrat ist bereit, das Postulat entgegen zu nehmen. Welche Form das Gedenken haben soll, wird geprüft werden. Mit der neuen Ausstellung im Landesmuseum «einfach Zürich» haben wir bereits eine Plattform, die historische Ereignisse würdigt.*

Weitere Wortmeldungen:

**Severin Pflüger (FDP):** *Ich finde den Anlass etwas unwürdig. Am 8. November kommt Ihnen in den Sinn, dass Sie das Jubiläum des Landesstreiks verpasst haben. Nachdem es bereits eine Ausstellung im Landesmuseum gab und ein Spielfilm gedreht wurde, kommen Sie hinterher und reichen noch einen Vorstoss ein, damit Ihnen niemand vorwerfen kann, Sie hätten den Landesstreik vergessen. Die SP von Grenchen hat zu diesem Zeitpunkt bereits einen Anlass durchgeführt, bei dem 1400 Menschen zusammen kamen und die Bundesrätin Simonetta Sommaruga auftrat. Die SP Stadt Zürich organisiert nicht einmal ein eigenes Fest, sondern will die Stadt verpflichten, etwas zu machen. Für die FDP ist der Landesstreik ein zentrales Element in unserer Geschichte. Wir würdigten den Landesstreik auch entsprechend. Am Donnerstag der Woche des Landesstreiks trafen wir uns mit all unseren Behördenvertretern aus der Stadt Zürich und Michael Schmid (FDP) fasste zusammen, was auf dem Fraumünsterplatz vor exakt 100 Jahren geschah. Michael Schmid (FDP) würdigte auch die Leistung der Offiziere und der Streikführenden in ihrer Kommunikation miteinander, durch die verhindert werden konnte, was sonst in Europa geschah. Für uns ist der Landesstreik ein zentrales Element in unserer Geschichte, weil er eine Neuausrichtung der Partei und damit auch eine Neuausrichtung der Schweiz bedeutete. Die Sozialdemokraten blieben nach dem Landesstreik die gleichen, die FDP war nach dem Landesstreik aber eine neue Partei. Wir haben nach dem Landesstreik unser Parteiprogramm neu geschrieben. Ich zitiere Ihnen aus dem Parteiprogramm der FDP von 1919: «Die FDP erstrebt den Ausbau des Staates zum Sozialstaat. Unter weitgehender Berücksichtigung der Interessen der Arbeiter und der Angestellten unter besonderer Heranziehung der leistungsfähigen Kreisen und der besitzenden Klasse zu dessen Finanzierung.» Was danach geschah, war ein effektiver Ausbau der Schweiz zum Sozialstaat. 1925 kam dank der FDP der AHV-Artikel in die Bundesverfassung. Dieses Jubiläum könnten wir noch feiern. Wir haben uns auch überlegt, ob wir Ihren Vorstoss mit einer Textänderung noch retten sollen, indem wir von 100 Jahren auf 125 Jahren wechseln. Das können Sie aber selbst noch tun. 101 Jahre später entsteht auf der Strasse wieder Druck auf die Politik für ein ähnlich virulentes, tragendes Thema. Wieder richtet sich die FDP neu aus. Die GLP und die Grünen können noch so viele Forderungen bis 2025 stellen, aber die wahre Klimapolitik in der Schweiz wird geschehen, weil sich die FDP neu ausgerichtet hat. Wenn etwas geschieht, ist es deswegen, weil die FDP die Verantwortung übernimmt.*

**Samuel Balsiger (SVP):** Vieles, was bisher gesagt wurde, ist schlicht falsch. Es wurde behauptet, dass die Proporzwahl durch den Landesstreik eingeführt wurde. Die Abstimmung von Ständen und Volk, die zur Einführung der Proporzwahl führte, fand aber am 13. Oktober 1918 statt – während der Landesstreik am 12. bis 14. November 1918 stattfand. Die Proporzwahl wurde also nicht durch den Landesstreik eingeführt. Errungenschaften wie genügend Lebensmittel kamen nicht durch eine sozialistische Revolution zu Stande, sondern durch Marktwirtschaft und technologischen Fortschritt, durch Wissenschaft und durch die bürgerliche Schweiz und nicht durch einen Sturz der Schweiz durch radikale Sozialisten, die die Demokratie brechen und das Land Richtung Kommunismus entwickeln wollen. Robert Grimm sprach in seiner Strategie von der «Anwendung des unbefristeten allgemeinen Streiks, der zum offenen Bürgerkrieg überleitet und den Sturz der bürgerlichen Gesellschaft zum Ziel hat.» Die Linken, die im Landesstreik streikten, wollten die Demokratie und die bürgerliche Schweiz stürzen und nicht das Leben der Menschen verbessern. Aufwiegler und Agitatoren wenden immer eine Strategie an, die den Massen gefällt. Ein Diktator erzählt dem Volk im Vordergrund immer etwas, was besser klingt. Das Volk hungerte durch den Ausbruch der spanischen Grippe, die Versorgung aus dem Ausland brach zusammen und es gab eine grosse Anzahl Tote im ersten Weltkrieg. Wenn dann Aufwiegler und Agitatoren dem Volk erzählen, dass sie dem Volk mit einem Umsturz helfen, klingt das im ersten Moment gut, endet aber schlussendlich im Chaos und Krieg. Weil die bürgerliche Schweiz in diesem Landesstreik aber einen kühlen Kopf bewahrte und die sozialistischen Umsturzversuche nicht über sich ergehen liess, haben wir die heutige Schweiz und waren nicht Teil der Sowjetunion, wie das die linken Agitatoren wollten. Wir können heute sehen, wo 70 Jahre Sowjetunion hingeführt haben. Sie drehen hier die Geschichte um und argumentieren mit falschen historischen Beispielen. Die Behauptung, das Proporzwahlssystem sei durch den Landesstreik eingeführt worden, ist belegbar falsch. Die soziale Entwicklung geschah nicht durch den Landesstreik, sondern durch die Jahrzehnte an Wohlstandsentwicklung wie Technologie, Maschinen, Digitalisierung, bessere Medizin und Versorgung. Das blenden Sie aus und ordnen die Entwicklung einem linken Umsturzversuch zu, der in einem Bürgerkrieg hätte enden sollen. Es ist offensichtlich, dass alle Errungenschaften, auf die Sie so stolz sind, nichts mit Bürgerkrieg und Umsturz zu tun haben, sondern mit der Entwicklung einer freien Marktwirtschaft – genau das, was die Linken mit dem Landesstreik töten wollten.

**Christoph Marty (SVP):** Auch die manipulative Ausstellung im Landesmuseum hat dazu beigetragen, die Sachverhalte gemäss modernem sozialdemokratischem Selbstverständnis umzuschreiben. In Tat und Wahrheit sprechen wir beim Landesstreik von 1918 von der schwersten inneren Gefahr, der die Schweiz seit dem Bestehen des Bundesstaats ausgesetzt war. Am 13. November 1918 musste die Leitung des landesweiten Generalstreiks einem Ultimatum des Bundesrats und des Parlaments nachgeben. Wir haben heute allen Grund zur Dankbarkeit gegenüber der damaligen Bevölkerung, den damaligen Behörden und den damaligen Soldaten. Sie blieben standhaft und haben den Erpressungen und dem Terror der Linken nicht nachgegeben. Dadurch konnte bei uns ein revolutionärer Umsturz, wie er ziemlich genau ein Jahr zuvor in Russland mit anschliessender Knechtschaft, Diktatur, Terror und Genozid gelang, verhindert werden. Zürich, das Ihrer Ansicht nach eine Vorbildfunktion haben sollte, hatte ein Todesopfer zu

beklagen. Am Sonntag, dem 11. November 1918, feierte man den Jahrestag der russischen bolschewistischen Revolution. Mehrere tausend Menschen versammelten sich am Nachmittag entgegen des Verbots auf dem Münsterhof. Es gelang 55 Soldaten, den Platz zu räumen. Schüsse fielen und ein Soldat wurde durch einen Pistolenschuss eines Demonstranten getötet. Er blieb in Zürich das einzige Todesopfer. Aber auch nach dem Streik blieb das Volksrecht als offizielles Organ der Zürcher SP auf totalitärem Kurs und schrieb: «Hell glänzt eine Sonne über Russlands Fluren. Sie heisst die sozialistische Republik. Schon leuchtet sie nach Deutschland hinein. Bald wird ihr Licht über Frankreich, Italien und anderen Ländern stehen. Dann fällt noch ein anderer fauler Baum. Geheissen schweizerische Demokratie.» Wenn es einer solchen Organisation vor hundert Jahren gelungen wäre, diesen Baum zu fällen, wäre unser Land heute grundlegend anders. Ihre Vorfahren hätten unser Land in ein Schlachthaus verwandelt, wie es in der Sowjetunion und später in anderen Weltgegenden gemacht wurde. Das einzige, was es in diesem Zusammenhang aufzuarbeiten gibt, ist die Frage, weshalb eine linke, respektive sozialistische Herrschaft immer in Unterdrückung, Terror und Mord ausartet. Die SP könnte eine Vorbildrolle einnehmen und einen Beitrag zur Erinnerungskultur leisten, indem sie versuchen würde, ihren Verirrungen und totalitären Versuchen vor 100 Jahren den korrekten Platz in der Geschichtsschreibung zu geben. Sie streben aber das exakte Gegenteil dessen an, was Sie vorgeben.

**Katharina Prelicz-Huber (Grüne):** Ich habe das Gefühl, ich bin im falschen Film. Neben meinen Ämtern als Gemeinderätin und Nationalrätin bin ich Präsidentin der Gewerkschaft VPOD. Das ist eine der Gewerkschaften, die 1918 mit anderen Gewerkschaften vom Gewerkschaftsbund zum Generalstreik aufrief. Es ging darum, dass Menschen 60 bis 70 Stunden pro Woche gearbeitet haben und damit nicht genügend verdient haben, um ihre Familien durchzubringen. Die Gewerkschaften und einige kluge Liberale, die gemerkt haben, dass es so nicht weitergehen kann, kämpften für eine 48-Stunden-Woche, eine Altersversicherung, eine Krankenversicherung, eine Invalidenunterstützung und später das Frauenstimmrecht. Roger Bartholdi (SVP) müsste als Präsident des Zürcher Bankenpersonalverbands genau wissen, dass seine Vorgänger in Zürich den Streit ausriefen, weil das Bankenpersonal ebenfalls miserabel verdient hat – schon damals auch im Unterschied zu denen, die die Bank geführt haben. Es war nicht so, dass die Liberalen daherkamen und plötzlich für die Arbeiter sorgten. Man musste für jeden Fünfer und jede halbe Stunde bitter mit Ihren Vorfahren kämpfen, die irgendwann begriffen haben, dass die Schweiz ein wenig mehr Sozialstaat braucht. Deshalb löste der Landesstreik sehr viel aus. Es stimmt nicht, dass man einen Bürgerkrieg wollte. Vernünftige Gewerkschaftsführende wollten eben genau keinen Bürgerkrieg und brachen deshalb den Generalstreik ab. Zürich war ein wichtiger Platz. Wir als Gewerkschaften haben die Ausstellung im Landesmuseum initiiert und viele unterstützende Genossen haben in den letzten Jahren mitgeholfen und gezeigt, wie wichtig der Generalstreik für die Schweiz war. Es ist schön, wenn im Nachhinein noch ein Zeichen gesetzt werden kann, damit wir den nächsten Generationen nicht die liberal und rechtsverdrehte Geschichte, sondern die realen Ereignisse zeigen können.

**Res Marti (Grüne):** Das Votum von Severin Pflüger (FDP) lässt sich so zusammenfassen, dass die FDP lernfähig ist, es aber immer ein bisschen länger dauert, bis auch sie

die Dringlichkeit versteht. Ich bin froh, dass die FDP lernfähig ist. Es ist aber schade, dass es dafür immer fünf vor zwölf werden muss – sei dies beim Klimawandel oder beim Landesstreik.

**Markus Merki (GLP):** Ich finde es beängstigend, wenn Samuel Balsiger (SVP) als selbsternannter Historiker und Patriot ein solches Geschichtsbild der Schweiz hat und so wenig weiss, woher man kommt und was die Schweiz im 20. Jahrhundert war. Samuel Balsiger (SVP) wollte uns kundtun, dass der Wohlstand der Schweiz aus der liberalen und bürgerlichen Gesinnung entstand. Das mag sein – war aber sicher nicht der Fall zur Zeit des Landesstreiks. Der Wohlstand der Schweiz kommt weder aus der FDP-Dominanz, die wir seit der Gründung des Bundesstaats kennen, noch ist der Wohlstand ein Resultat des Landesstreiks. Der Wohlstand der Schweiz begann mit und nach dem zweiten Weltkrieg. Um uns herum waren die Länder kriegsgeschädigt. Sie wurden durch die USA neu aufgebaut und die Schweiz hatte einen neuen Handelspartner, eine intakte Infrastruktur und konnte dadurch sehr gute internationale Geschäfte abschliessen. Das sieht man auch in den Statistiken zur Erhöhung des Einkommens und der Vermögen. Die Behauptung, es hätte Anfang des 19. Jahrhunderts bereits einen hohen Reichtum für alle gegeben, ist falsch. In namenhaften Schulbüchern kann man das nachlesen. Es erschüttert mich deshalb, weil ich selbst Familienmitglieder in der Generation meiner Grosseltern und Urgrosseltern hatte, die in den Zehner- bis Dreissigerjahren nach der grossen Rezession an der Armutsgrenze lebten. Ich finde es unbegreiflich, wie man ein solches Votum im Gemeinderat der Stadt Zürich halten und Unwahrheiten ohne Hand und Fuss erzählen kann. Ich bitte Sie, in einem Schulbuch nachzuschlagen, was damals wirklich geschah.

**Ernst Danner (EVP):** Unser Geschichtsunterricht endete leider mit dem Zeitalter des Imperialismus, aber aus dem landläufigen Wissen, das ich über die damalige Zeit habe, weiss ich, dass der Generalstreik Errungenschaften, die die soziale Lage der Arbeiterschaft verbessert haben, brachte. Ich bin insofern ein wenig vorbelastet, als dass mein Vater SP-Mitglied und Gewerkschafter war und uns natürlich immer predigte, dass der Generalstreik eine grosse Sache war und man da endlich etwas für die Arbeiter tun konnte. Die EVP ist der Meinung, dass es richtig ist, wenn man den Generalstreik angemessen würdigt. Das Zitat von Christoph Marty (SVP) wird den Tatsachen entsprechen. Im Bereich der sozialistischen Strömungen gab es Richtungskämpfe und auch die totalitären und sowjetorientierten Sozialisten wirkten mit. Auf der SP-Seite gab es noch bis in die 70er-Jahre grosse Bewunderer des Sowjetsystems. Ich kann mich auch an meine Studienzeiten erinnern, als die Maoisten in einer der düstersten Zeiten Chinas das rote Büchlein verteilten. Eine Möglichkeit zur Erinnerung an den Generalstreik ist ein Informationsangebot. Darin müssten aber auch die Schattenseiten dargestellt werden, weil es sonst nicht objektiv ist. Insgesamt hat der Generalstreik der Schweiz gut getan und wir sind deshalb dafür, dass man das Postulat überweist.

**Samuel Balsiger (SVP):** Ich habe in meinem Votum gesagt, dass Sie die Wohlstandsentwicklung der letzten fünfzig bis sechzig Jahre auf die Seite wischen und dem Landesstreik zurechnen. In der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg führte Deutschland die soziale Marktwirtschaft ein, die USA machte mit ihrem Ultrakapitalismus die Welt reich und

7 / 7

*das Prinzip der Marktwirtschaft wurde in die Welt getragen. Selbst das kommunistische China führte einen Turbokapitalismus ein und hunderte von Millionen konnten aus der Armut befreit werden – durch die freie Marktwirtschaft und den Liberalismus und nicht durch sozialistische Umstürze und Bürgerkrieg. Mir wird heute vorgeworfen, ich verbinde die Wohlstandsentwicklung mit der Zeit von 1918, als es schon Wohlstand gegeben habe. Ich sage ja genau, dass Sie den Fehler machen und den Wohlstand mit dem Landesstreik 1918 verbinden, obwohl dieser mit den Bürgerkriegsgelüsten nichts zu tun hat. Geisteswissenschaften sind heute stark links geprägt. Es ist müssig darüber zu diskutieren, ob nun diese Version oder eine andere richtig ist. Sie können ganz einfach überprüfen, was ich gesagt habe. Sehen Sie sich an, wie sich die Sowjetunion entwickelt hat. Die Sowjetunion hat die Rezepte der Sozialisten und die Bürgerkriegstreiber, die die Schweizer Demokratie stürzen wollten, umgesetzt. Leid, Tod und Genozid waren die Folge. Die Sowjetunion durchlebte das Szenario, das eingetroffen wäre, wenn die Linken 1918 gewonnen, die Demokratie und die bürgerliche Schweiz beseitigt hätten. Sehen Sie sich die heutige Schweiz an und sehen Sie unseren Reichtum. Die Schweiz ist eines der bürgerlichsten und liberalsten Länder der Welt – und auch eines der reichsten. In linken Ländern finden Sie Armut und Elend. Sie können ein Land nehmen, das sich an bürgerlichem Liberalismus orientiert und Sie werden Wohlstand, Arbeitsplätze und eine zufriedene Bevölkerung finden. Wer hat nun recht? Sind Bürgerkriegsgelüste und der Pfad der Sowjetunion der richtige Weg oder ist es der Weg, den die Schweiz, Deutschland, die USA oder Südkorea gingen? Ihre philosophischen Ansätze in der Geisteswissenschaft führen zu keinem Ergebnis. Die Realität zwischen linker Ideologie, die ins Verderben führt, oder Liberalismus und Bürgertum, die zu Wohlstand führen, ist die Antwort, die ich Ihnen heute präsentiere.*

Das Postulat wird mit 82 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat